

»Mehr Unruhe würde gut tun«

*AiBplus:* Gibt es etwas Positives in der Krise?

*Emunds:* Ich mag nicht von der «Krise als Chance» reden. Aber ich beobachte, dass der marktradikale Wirtschaftsliberalismus in der Gesellschaft an Einfluss verliert.

*AiBplus:* Ist das glaubhaft, wenn die Deregulierer von gestern heute nach dem Staat rufen?

*Emunds:* Nein, das ist es nicht. Große Sorgen macht mir, wie der Begriff des Staatsversagens neu definiert wird. Während Wirtschaftsliberale immer dafür eingetreten sind, dass sich der Staat heraushalten soll, sagen sie heute, dass sich die Regierung nicht ausreichend und nicht richtig eingemischt habe. Wenn die Wirtschaftsliberalen die Deutungshoheit behalten, fürchte ich, dass am Ende wieder nur der Staat der Schuldige ist – eben auch für die Wirtschafts- und Finanzkrise.

*AiBplus:* Ist der Staat schuldlos?

*Emunds:* Nein, denn die Politiker haben die Arbeits- und Finanzmärkte gezielt dereguliert. Nun ernten sie die bitteren Früchte: immer mehr Armut trotz Erwerbsarbeit und klamme öffentliche Haushalte. Aber Bankvorstände und Fondsverwalter sind keine Schafherde, die in den Abgrund stürzen muss, weil ein Zaun defekt ist. Sie zuerst sind für die Finanzkrise verantwortlich!

*AiBplus:* Jetzt mischt sich der Staat massiv mit Rettungsschirmen und Konjunkturpaketen ein.

*Emunds:* Dem Staat blieb nichts anderes übrig, als die Banken zu stützen. Andernfalls wäre das Wirtschaftsleben zum Erliegen gekommen. Es ist eher ein Zeichen für die Schwäche des Staates, dass er die Verluste sozialisieren muss.

*AiBplus:* Es werden aber nicht nur Banken gestützt...

*Emunds:* Bei den Maßnahmen zur Stützung der Realwirtschaft habe ich Zweifel, ob das Geld an der richtigen Stelle landet. Ich halte die Abwrackprämie für ebenso falsch wie eine mögliche Unterstützung von Opel. Es ist nicht Aufgabe des Staates, Strukturwandel zu verhindern oder einzelnen Großkonzernen zu helfen, während andere Unternehmen leer ausgehen. Stattdessen bin ich dafür, das Geld in ein Netz regenerativer Energien oder in die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs zu stecken.

*AiBplus:* Eine weitere Staatsverschuldung?

*Emunds:* Daran führt derzeit kein Weg vorbei. Allerdings muss man jetzt über Konzepte nachdenken, wie die Schulden nach der Krise abgebaut werden können. So kurz vor der Bundestagswahl aber will keine Partei daran rühren. Das lässt befürchten, dass die Lasten des Schuldenabbaus wieder ungerecht verteilt und harte Sparprogramme im sozialen Bereich aufgelegt werden. Stattdessen müsste das Verursacherprinzip greifen. Die Folgen der Krise sind doch Altlasten von unverantwortlichen Strategien der Vermögensmehrung. Es wäre gerecht, dass diejenigen zahlen müssten, die uns in den Schlamassel gebracht haben.

*AiBplus:* Eine Reichensteuer?

*Emunds:* Abgaben für Vermögende, ja. Weil mittlere und vor allem untere Einkommensgruppen durch Sozialabgaben stark belastet sind, sollte man die Sozialversicherungen zu allgemeinen Erwerbstätigenversicherungen weiterentwickeln, in die jeder ohne Bemessungsgrenze einzahlen muss. Außerdem brauchen wir eine Kombination von Mindestlohn und gezielter Förderung von Familien mit niedrigem Einkommen.

*AiBplus:* Befürchten Sie soziale Unruhen?

*Emunds:* Nein, aber etwas mehr Unruhe würde unserer Demokratie gut tun.

Das Interview führte Michaela Böhm am 26. Mai 2009. Es erscheint in der Ausgabe 2009/4 von Arbeitsrecht im Betrieb plus (AiBplus), Betriebsrätemagazin aus dem Bund-Verlag.